Positionspapier 2025/168

Plan zur Sicherung der Arbeitsplätze in der chemischen Industrie

Brüssel, 1. Juli 2025

1. EINFÜHRUNG

Die Chemiebranche nimmt in der europäischen Industrie eine zentrale Stellung ein und wird oft als „Industrie der Industrien“ bezeichnet. Ihre Produkte und Stoffe kommen in fast allen anderen, in der Lieferkette vorgelagerten Sektoren zum Einsatz. Sie sind in etwa 95 % aller hergestellten Waren enthalten, von Agrochemikalien bis Zement sowie Produkten aus den Branchen Automotive, Elektronik, Papier, Pharmazeutika, Stahl und Textilien. Folglich ist die chemische Industrie in hohem Maße von der Performance und der Nachfrage dieser anderen Sektoren abhängig, die eine wichtige Triebkraft für die Produktion in der chemischen Industrie sind.

Die europäische chemische Industrie ist mit 1,9 Millionen direkten und etwa dreimal so vielen indirekten Arbeitsplätzen der zweitgrößte Produzent von chemischen Erzeugnissen weltweit sowie der viertgrößte Industriezweig in der EU. Die Beschäftigten dieses Sektors sind überwiegend gewerkschaftlich organisiert und genießen in der Regel gute Arbeitsbedingungen.

Die europäische Chemiebranche befindet sich aufgrund hoher Energiekosten infolge des russischen Einmarsches in der Ukraine, eines strengen Regulierungsrahmens, der zur Erreichung der CO_2-Reduktionsziele und zur Verwirklichung der Kreislaufwirtschaft erforderlichen technologischen Investitionen sowie der zunehmenden Konkurrenz durch Märkte wie China, Indien und die USA in einer äußerst schwierigen Lage. Dem Sektor drohen Fabrikschließungen und damit erhebliche Arbeitsplatzverluste. Die Produktion hat sich zwar seit dem Höhepunkt der Energiekrise etwas erholt, aber noch nicht wieder das Niveau von 2019 erreicht. Schätzungen zufolge werden in den Jahren 2023 und 2024 europaweit Produktionskapazitäten mit einer Gesamtkapazität von mehr als 11 Mio. t stillgelegt, was sich einem Verlust rund 15.000 Arbeitsplätzen niederschlagen könnte. Zwischen 2008 und 2023 hatte der europäische Chemiesektor zudem einen Verlust seines Weltmarktanteils um 11 Prozent an China und die USA zu verzeichnen. Ohne eine gezielte Industriepolitik, die sich auf die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und die Förderung hochwertiger und nachhaltiger Arbeitsplätze (Gehalt, Arbeitszeit, Dauer der beruflichen Laufbahn, Zugang zu Aus- und Weiterbildung) konzentriert, besteht die Gefahr, dass die Arbeitnehmer*innen die Hauptleidtragenden der neuen globalen Verlagerungen bei der Herstellung und dem Verkauf von Chemieprodukten sind. Die Situation könnte sich in den nächsten fünf Jahren erheblich verschlechtern und schätzungsweise 200.000 Arbeitsplätze gefährden.

Dennoch sollte der externe Druck nicht von den internen Herausforderungen für die europäische Chemieindustrie ablenken. Abgesehen von der Finanzkrise im Jahr 2008 hat der Sektor zwei sehr profitable

Jahrzehnte hinter sich, die durch hohe Dividendenausschüttungen und Aktienrückkäufe in den letzten Jahren gekennzeichnet waren. Trotz dieses finanziellen Erfolgs ist ein deutliches Defizit bei den Investitionen in kritische Infrastrukturen zu verzeichnen. Dies ist vor allem auf eine Reihe strategischer Fehlentscheidungen des Managements sowie auf unzureichende Anreize zur Förderung der europäischen Produktion und der Binnennachfrage, aber auch auf das Fehlen sozialer Auflagen bei der Gewährung staatlicher Beihilfen an Unternehmen zurückzuführen. Allein in der Petrochemie könnten bis 2035 rund 20 Steamcracker stillgelegt werden, was bis zu 50.000 Arbeitsplätze bedrohen könnte.[1]

Was den politischen Kontext betrifft, so wurden im Rahmen des 2019 veröffentlichten europäischen Grünen Deals mehrere Strategien für den Chemiesektor angekündigt, darunter die Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit, die 2020 angenommen wurde. Die Strategie zielte darauf ab, Menschen und Umwelt besser vor schädlichen Chemikalien zu schützen. Gleichzeitig sollten durch den Einsatz sicherer und nachhaltigerer Stoffe Innovationen gefördert werden. Allerdings blieb sie hinter den Erwartungen zurück, was die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Finanzierung von Forschung und Entwicklung sowie finanzielle Anreize für Investitionen in transformatorische Projekte in Europa betrifft. Die Bedeutung der Beschäftigten – einschließlich der Lehrlingsausbildung – sowie die Förderung der MINT-Bildung und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze wurden darüber hinaus nicht angemessen berücksichtigt.

2023 legte die Kommission mit Unterstützung von Sachverständigen, NRO und Gewerkschaften, darunter industriAll Europe, den Transition Pathway for the Chemical Industry (Übergangspfad für die chemische Industrie) vor. Die Strategie umfasst mehr als 150 Maßnahmen zu 26 Themen, die von der Industrie, den Mitgliedstaaten und der EU umgesetzt werden sollen. Obwohl mehrere langjährige Forderungen von industriAll Europe darin enthalten sind, darunter Pläne für den Arbeitsplatzwechsel, Initiativen zur Umschulung und Weiterbildung sowie die Einbeziehung der Beschäftigten in die Entscheidungsfindung und die Bewältigung des Wandels, ist es letztlich nicht gelungen, wirksame gesetzliche Maßnahmen vorzuschlagen, die erforderlich sind, um diese Verpflichtungen konkret umzusetzen.

Der kontinuierliche Rückgang der Produktion, der Verlust von Marktanteilen und die strategische Bedeutung von Chemikalien hat die Kommission dazu veranlasst, im Rahmen des Deals für eine saubere Industrie eine Reihe von Initiativen für den Chemiesektor vorzuschlagen. Dazu gehört ein „Paket für die chemische Industrie“, das die Überarbeitung der REACH-Verordnung und klarere Leitlinien für die Verwendung von PFAS vorsieht und Ende des Jahres vorgelegt werden soll. Im Mai 2025 kündigte die Europäische Kommission bei einem hochrangigen strategischen Dialog über die Zukunft der chemischen Industrie ihre Arbeit an einem Aktionsplan für die chemische Industrie an - nach ähnlichen Initiativen für andere Sektoren wie die Automobilindustrie und die Stahl- und Metallindustrie. Acht Mitgliedstaaten – Tschechien, Ungarn, Italien, die Niederlande, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Frankreich – sind jedoch mit den bislang von der EU-Kommission getroffenen Maßnahmen unzufrieden und haben in einer gemeinsamen Erklärung einen EU-Rechtsakt über kritische Chemikalien gefordert. Mit dem vorgeschlagenen Rechtsakt sollen die Herstellung von rund 15 zentralen Baustein-Molekülen angeregt und gesichert werden. Diese dienen als vorgelagerte Inputs für alle strategischen Wertschöpfungsketten in Europa.

Vor diesem Hintergrund möchte industriAll Europe mit diesem Papier die Situation aus der Sicht der Beschäftigten darlegen und den politischen Entscheidungsträger*innen im Vorfeld der Ausarbeitung des Aktionsplans sowie des Pakets für die chemische Industrie unsere jeweils wichtigsten Forderungen vorlegen. Wir haben vier große Herausforderungen ermittelt und formulieren vier entsprechende

[1] https://presse.economie.gouv.fr/download?n=Joint%20statement%20of%20Czech%20Republic,%20Hungary,%20Italy,%20Netherlands,%20Romania,%20Slovakia,%20Spain%20and%20France%20about%20the%20European%20chemicals%20industry-pdf&id=146619

Forderungen. Diese beruhen auf der Überzeugung, dass nur eine starke und integrierte Europäische Union, die ihre eigenen konkreten und praktikablen Industrie- und Technologiestrategien entwickelt, eine langfristige Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten kann.

2. EINSCHÄTZUNG VON INDUSTRIALL EUROPE

2.1 Soziale Dimension und gerechter Übergang

HERAUSFORDERUNG: Der Übergang in der chemischen Industrie kann nur gelingen, wenn die Beschäftigten mit an Bord sind. Bislang sind bereits 15.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Wenn wir nicht rasch und entschlossen handeln, könnte diese Zahl auf 200.000 ansteigen. In Zeiten des Fachkräftemangels besteht das Risiko, dass entlang der gesamten Lieferkette qualifizierte Beschäftigte verloren gehen, was wiederum die Attraktivität von Investitionen in Europa schmälert. Es ist daher unverständlich, dass die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze zurückgegangen ist. Ein gerechter Übergang bedeutet, den Wandel auf dem Arbeitsmarkt zu organisieren, Arbeitsplätze durch Weiterbildung und Umschulungen zu sichern und durch die Schaffung von qualitativ hochwertigen Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen für kompetente Arbeitskräfte zu sorgen.

EINSCHÄTZUNG VON iAE: Eine kraftvollere Industriepolitik unter umfassender Einbeziehung der Gewerkschaften ist der Schlüssel zur Schaffung und zum Erhalt hochwertiger Arbeitsplätze in Europa. In dieser Hinsicht wird die Qualität von Arbeitsplätzen hauptsächlich durch ein an die Produktivität gekoppeltes Gehalt bestimmt, das einen angemessenen Lebensunterhalt ermöglicht, durch Arbeitsbedingungen, die die Sicherheit der Beschäftigten während ihrer gesamten beruflichen Laufbahn gewährleisten, durch Arbeitszeiten, die ein Gleichgewicht zwischen Privat- und Berufsleben ermöglichen, sowie durch einen ausreichend frühen Zugang zu Renten- und Ruhestandsregelungen. Um dies zu erreichen müssen wir das Recht der Beschäftigten auf Unterrichtung und Anhörung, Tarifverhandlungen und hochwertige Weiterbildung wahren und stärken.

Wir begrüßen die Forderung der Europäischen Kommission im Deal für eine saubere Industrie, die Vorschriften für staatliche Beihilfen zu überarbeiten, um Anreize für Unternehmen zu schaffen, in Weiterbildung und Umschulungen zu investieren, und auch den Hinweis, dass öffentliche Mittel an soziale Auflagen geknüpft werden sollten. Dies muss nun in konkrete Maßnahmen im künftigen Rahmen für staatliche Beihilfen sowie in allen öffentlichen Finanzierungssystemen der EU und ihrer Mitgliedstaaten und in öffentlichen Beschaffungsprogrammen umgesetzt werden. **Unternehmen, die von öffentlichen Mitteln profitieren, müssen im Gegenzug verbindliche Auflagen zum Erhalt von hochwertigen Arbeitsplätzen und von Standorten mit klaren Rückforderungsklauseln erfüllen.**

Der Zugang zu diesen Mitteln sollte an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft sein: die Achtung des sozialen Dialogs, die Teilnahme an Tarifverhandlungen, hochwertige Arbeitsplätze und die Umsetzung von Mitbestimmungsverfahren. Sektoren und Unternehmen, die einen Strukturwandel durchlaufen, sollten einen partizipatorischen Ansatz verfolgen und sicherstellen, dass Beschäftigte und Gewerkschaften aktiv in die Antizipation und Bewältigung des Wandels einbezogen werden. Die Beschäftigten müssen das Recht auf Weiterbildung im Rahmen von Initiativen für lebenslanges Lernen haben, damit sie die Kompetenzen erwerben, die sie für die Anpassung an eine im Wandel begriffene Industrie benötigen – insbesondere im Bereich der sicheren und nachhaltigen Chemikalien. Eine **Richtlinie über einen gerechten Übergang**, mit der die Rechte der Beschäftigten auf Antizipation und Mitbestimmung in ihren Unternehmen gestärkt werden, sowie ein **erweiterter und mit ausreichenden Mitteln ausgestatteter Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung** müssen eine zentrale Rolle bei der Begleitung

dieses Wandels und der Sicherung von Arbeitsplätzen spielen. Während des Übergangs sollte ein Programm **SURE 2.0**, ein Schutzmechanismus für Beschäftigte wie zu Zeiten der COVID-19-Pandemie, eingerichtet werden, um Arbeitsplätze zu sichern und Werkschließungen zu verhindern.

Außerdem sollten im **Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze** klare Qualitätsindikatoren und Bedingungen für Unternehmen festgelegt werden, die öffentliche Mittel erhalten. Die Europäische Kommission sollte für die Festlegung und Überwachung von Mindeststandards für die Arbeitsplatzqualität zuständig sein und dabei gleichzeitig die Integrität der Tarifverhandlungen sicherstellen. Besonderes Augenmerk sollte auch auf schutzbedürftige Beschäftigte, insbesondere aus Drittländern, gelegt werden, um Gleichbehandlung und Schutz vor prekären Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

Angesichts der beschleunigten Digitalisierung, des Vormarsches der künstlichen Intelligenz und des raschen technologischen Wandels sehen sich die Beschäftigten der chemischen Industrie mit immer komplexeren Anforderungen an Kompetenzen und Weiterbildung konfrontiert. Es ist insbesondere wichtig, sozial gerechte und würdige Sozialpläne für Arbeitnehmer*innen zu erstellen, die aufgrund der Digitalisierung in den Unternehmen täglich entlassen werden. Gleichzeitig hat die Industrie mit einem zunehmenden Kompetenzdefizit zu kämpfen, das eine Bedrohung für Produktivität und Innovation darstellt. Initiativen wie der **MINT-Aktionsplan** und die **Union der Kompetenzen** weisen zwar in die richtige Richtung, sind aber noch nicht ausreichend. Es bedarf dringend **rechtsverbindlicher Instrumente** und **spezieller Finanzmittel**, um die **Verfügbarkeit**, die **Qualität** und die **Übernahmequote** von Ausbildungsplätzen im Chemiesektor deutlich zu erhöhen. Europa bleibt weiterhin hinter seinen Zielen zurück, die Zahl der Absolvent*innen in MINT-Fächern zu erhöhen. Auch beim Abbau des Geschlechtergefälles im MINT-Bereich, sowohl bei der Ausbildung als auch im Berufsleben, sind noch erhebliche Fortschritte zu erzielen. Die Förderung inklusiver, hochwertiger und zukunftsorientierter beruflicher Aus- und Weiterbildungssysteme muss zu einer zentralen Säule der Industrie- und Sozialpolitik werden. Ein garantiertes Recht auf kostenfreie Qualifizierung und Weiterbildung während der bezahlten Arbeitszeit, das in der gesamten EU gegenseitig anerkannt wird, ist heute wichtiger denn je. Ebenso sollte der direkte Zugang zu einem hochwertigen Arbeitsplatz nach Abschluss eines Ausbildungsprogramms die Norm sein, um die Attraktivität des Chemiesektors für Arbeitnehmer*innen zu erhöhen.

2.2 Energieplan zum Schutz der Umwelt, zur Gewährleistung wettbewerbsfähiger Energiepreise, der Energieversorgung und von Investitionen in die Infrastruktur

HERAUSFORDERUNG: Wie viele andere Wirtschaftszweige hat auch die chemische Industrie mit gestiegenen Energie-, Rohstoff- und Warenpreisen zu kämpfen. Ein erheblicher Teil der Wertschöpfungskette der chemischen Industrie entfällt auf den Energie-Input, der etwa 7,5 % bis 12,5 % des Produktionswerts der Branche ausmacht.[2] Während der Energiekrise 2022 stiegen die Produktionskosten im Chemiesektor um 20–25 %. Die Endkunden- und Großhandelspreise für Gas sind in Europa nach wie vor deutlich höher als die unserer globalen Wettbewerber – derzeit drei- bis fünfmal höher als in den USA. Auch die Strompreise sind zwei- bis dreimal so hoch wie in den USA und China. Diese Diskrepanz ist insbesondere bei Erzeugnissen problematisch, deren Ausgangsstoffe mit hohem Energieeinsatz gewonnen werden. Ein Beispiel hierfür ist Ammoniak, das bei der Herstellung von Düngemitteln, Arzneimitteln, Textilien sowie bei der industriellen Kühlung zum Einsatz kommt. Da bei

[2] Siehe https://commission.europa.eu/document/download/ec1409c1-d4b4-4882-8bdd-3519f86bbb92_en?filename=The%20future%20of%20European%20competitiveness_%20In-depth%20analysis%20and%20recommendations_0.pdf.

Ammoniak 50 bis 80 % der gesamten Erzeugungskosten auf den Faktor Energie entfallen, ist es sehr anfällig für Energiepreisschwankungen.

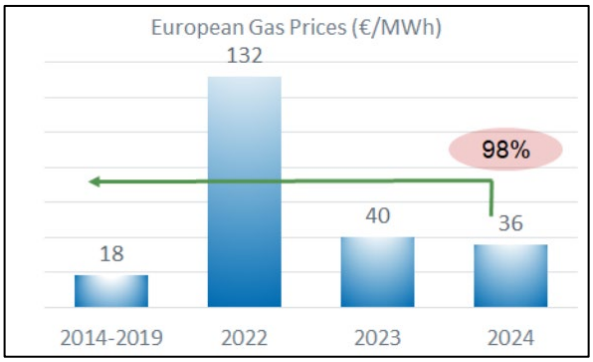
Diese Situation hat viele Unternehmen dazu veranlasst, ihre Produktionsstrategien zu überdenken und die Erzeugung verstärkt in Länder mit niedrigeren Energiekosten zu verlagern. Einige europäische Werke haben ihre Produktion vorübergehend stillgelegt oder zurückgefahren (BASF, LyondellBasell and Covestro, Evonik, ExxonMobil). Einige Unternehmen haben ihre Energieeffizienz durch eine Optimierung des Verbrauchs verbessert. Daraus ergeben sich jedoch zwei zentrale Herausforderungen: Erstens fehlen ausreichende Anreize und Garantien, um solche Investitionen zu unterstützen. Zweitens verhindert die derzeitige Preisregelung auf dem Energiemarkt, dass der Umstieg auf erneuerbare Energiequellen wie Sonne, Wind oder grünen Wasserstoff die Endenergiepreise erheblich senkt.

Um dieser Situation zu begegnen, hat die Europäische Kommission den „Aktionsplan für erschwingliche Energie“ ins Leben gerufen. Mit diesem sollen die Energiepreise gesenkt und die Energieversorgung gesichert werden. Obwohl industriAll Europe die Initiative begrüßt, enthält der Plan keine der tiefgreifenden Strukturreformen, für die sich unser Verband einsetzt, wie z.B. die Entkopplung der Gas- und Strompreise. Der Plan lässt außerdem offen, wie die für die Netze und strategischen Energieprojekte erforderlichen massiven Investitionen finanziert werden sollen, insbesondere vor dem Hintergrund der Haushaltsregeln der EU. Sich rein auf Maßnahmen zur Senkung von Energiesteuern und -tarifen zu verlassen, ist problematisch, da die Netzinfrastruktur über Tarife finanziert wird, während eine Senkung der Energiesteuern eine Kürzung der Staatshaushalte und der Umverteilungsausgaben bedeutet. Insgesamt sind Vorschläge zur Vergütung industrieller Flexibilität als Teil von Laststeuerungsmechanismen für den Chemiesektor unrealistisch, da die Abschaltung von Produktionsprozessen erhebliche Kosten verursacht und Auswirkungen auf das Schichtmanagement sowie die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten hat. Es ist daher unwahrscheinlich, dass der Plan nennenswerte Entlastungen bringen wird.

Die vorgelagerten Bereiche der Wertschöpfungskette, in denen energie- und kapitalintensive Prozesse wie die Erzeugung von Ethylen, Propylen, Ammoniak und Chloralkali stattfinden, sehen sich mit den größten Herausforderungen konfrontiert. Die Grundstoffproduktion ist Ausgangs- und Ankerpunkt der Wertschöpfungskette der chemischen Industrie und garantiert, dass nachfolgende energieintensive Stufen der Wertschöpfungskette nicht im Laufe der Zeit außerhalb Europas verlagert werden. Dies macht die Produktion von Grundstoffen in Europa besonders preissensibel und anfällig für langfristige Störungen durch geopolitische Faktoren. Dies bedroht nicht zuletzt die historisch gewachsenen Chemiecluster mit hoher Effizienz und Synergien, die darauf beruhen, dass Zwischenprodukte ‘just in time’ für die weitere Produktion im Chemiecluster produziert werden. Der Stillstand oder Zusammenbruch einzelner Stufen der Wertschöpfungskette gefährdet somit den Fortbestand ganzer Verbundsysteme.

Für die Erzeugung von Ethylen und Propylen werden beispielsweise Naphtha oder Ethan benötigt, die für den Betrieb der Cracker erforderlich sind. Daher ist der Preis dieser Verbindungen von entscheidender Bedeutung. In der EU wird Naphtha als Ausgangsstoff verwendet. Allerdings hatten die EU-Sanktionen gegen russisches Öl unmittelbare negative Auswirkungen auf den Preis und die Verfügbarkeit von Naphtha. Unterdessen kauft China weiterhin billiges russisches Öl, während die US-Cracker das günstigere Ethan als Ausgangsstoff verwenden.

Erschwerend kommt hinzu, dass das europäische Cracking-Netz überaltert ist, da in den letzten 30 Jahren in Europa keine neuen Cracker gebaut wurden. Regulatorische Unsicherheiten und vergleichsweise hohe Energiekosten im globalen Wettbewerb haben in den letzten Jahren zur Investitionszurückhaltung ermutigt.



Dieses Investitionsdefizit gefährdet den weiteren Betrieb von Naphtha-Crackern sowie die Forschung und Entwicklung alternativer Lösungen und beeinträchtigt die Synergien zwischen Raffinerie- und Petrochemiesektor. Ähnlich verhält es sich bei der Ammoniak-Erzeugung: Hohe Erdgaspreise gefährden hier vielversprechende Technologien wie grünen oder Bio-Ammoniak. Das Gleiche gilt für die Chlor-Alkali-Elektrolyse, die in hohem Maße von wettbewerbsfähigen Strompreisen und einer Basisstromerzeugung abhängig ist.

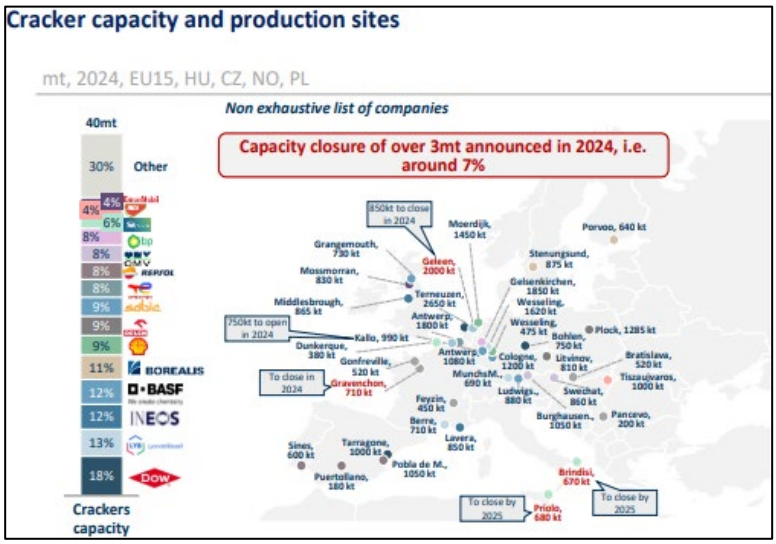
EINSCHÄTZUNG VON iAE: Entschlossene Maßnahmen zur Senkung der hohen Energiepreise für die europäische Industrie und die Verbraucher*innen sind dringend erforderlich, während industriAll Europe weiterhin uneingeschränkt hinter den Zielen der Energiewende und der Dekarbonisierung in Europa steht. Wir begrüßen die Initiative der Europäischen Kommission, die **Vorschriften für staatliche Beihilfen** zu überarbeiten, um die hohen Energiekosten anzugehen und wichtige neue Investitionen zu unterstützen. Gleichzeitig fordern wir, staatliche Beihilfen an strenge Sozial- und Umweltauflagen zu knüpfen, um Arbeitsplätze zu schützen, die Rechte der Beschäftigten zu stärken und gleichzeitig unser Ökosystem respektieren.

Wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) sollten mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden, wobei auch Beiträge von Unternehmen des Sektors erwartet werden, um europaweite Projekte zur Stärkung des Energienetzes und kritischer Infrastrukturen im Chemiesektor zu unterstützen. Diese IPCEI sollten sich auf die Senkung der Produktionskosten konzentrieren. Ein besonderer Schwerpunkt sollte dabei auf erneuerbaren Energien und alternativen Lösungen liegen. Um die Attraktivität dieser Vorhaben zu erhöhen, ist es von entscheidender Bedeutung, die niedrigen Erzeugungskosten der erneuerbaren Energien von den Regelungen für die Marktpreisbildung abzukoppeln und sie somit von den kostspieligeren Energieerzeugungsverfahren zu trennen. Ziel sollte es sein, die Strompreise wieder auf das Vorkrisenniveau zu bringen. Die Anpassung des europäischen Beihilferechts sollte so ausgestaltet werden, dass grenzüberschreitende Projekte für erneuerbare Energie für alle Teilnehmer des EU-EHS so weit gefördert werden können, dass sie langfristig günstige Strompreise auf Vorkrisenniveau garantieren können. Dabei sollte eine EU-weite, international wettbewerbsfähige Industriestrompreisparität sichergestellt werden, um gleiche Wettbewerbsbedingungen im europäischen Binnenmarkt zu gewährleisten. Allerdings sollte ein Paritätsindikator die unterschiedlichen Lebens- und Produktionskosten in den verschiedenen Ländern der Europäischen Union berücksichtigen. Dies ist auch wichtig, um die Abhängigkeit von amerikanischen LNG-Importen zu verringern.

Auch die Gaspreise sollten wieder auf das Vorkrisenniveau zurückgeführt werden, da dies für den schrittweisen Übergang zu CO_2-armen und Wasserstoffderivaten unerlässlich ist. Wir brauchen mehr Ehrgeiz bei gemeinsamen Gasbeschaffungsmechanismen wie der Plattform „AggregateEU" sowie im Wasserstoffsektor, insbesondere durch die Stärkung der Wasserstoffbank.

Von entscheidender Bedeutung ist es darüber hinaus, das Netz auszubauen und intelligente Netztechnologien einzuführen, um die Nachfrage effizienter steuern zu können. Zur Schaffung günstiger Bedingungen für emissionsfreie und -arme Projekte sind wir auf die rasche Entwicklung und Einführung

von Technologien wie **CO_2-Abscheidung und -Speicherung (CCS) und CO_2-Abscheidung und -Nutzung (CCU)** angewiesen. IPCEI könnten als technologieoffene Finanzierungsmechanismen für diese Initiativen dienen.[3]



Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die chemische Industrie während der Übergangsphase einen unterstützenden Rahmen für die Energiepolitik benötigt, um eine langfristige Rentabilität zu gewährleisten. Nur durch die Modernisierung des EU-Rahmens für die Energiepolitik, der an die Bedürfnisse und Herausforderungen der Energiewende angepasst werden muss, kann eine Versorgung mit wettbewerbsfähiger, stabiler und vorhersehbarer und CO_2-armer Energie erreicht werden. Damit die Vorteile der Energiewende den Verbraucher*innen zugutekommen, bedarf es einer strukturellen Reform des europäischen Energiemarktes. Der überarbeitete Rahmen für staatliche Beihilfen muss eine Unterstützung der Umstellungskosten ermöglichen. Gleichzeitig erwarten wir, dass die bevorstehende Investitionsstrategie für saubere Energie umfassende Vorschläge zur Förderung von Investitionen in wichtige Infrastrukturen (Netze, Cracker usw.) enthält. Um die Energiewende und die Dekarbonisierung der Industrie in allen europäischen Regionen zu erreichen, sind europäische Instrumente wie die gemeinsame Emission von Anleihen, der Fonds „NextGenerationEU" und EIB-Programme von entscheidender Bedeutung. Auch die Unternehmen werden einen finanziellen und technischen Beitrag zur Energiewende leisten müssen. Nur wenn die politischen Entscheidungsträger*innen der EU und die Unternehmen diese grundlegenden Probleme angehen, kann der Übergang erfolgreich sein.

2.3 Eine starke Industriepolitik zu Sicherung der Herstellung strategischer Moleküle in Europa

HERAUSFORDERUNG: Die jahrelange neoliberale Laissez-faire-Politik, das Fehlen einer proaktiven Industriestrategie sowie ständige Einsparmaßnahmen zur Gewinnmaximierung hatten eine weitverbreitete Verlagerung von Produktionsanlagen auf andere Kontinente zur Folge. Dementsprechend ist die Herstellung wichtiger Substanzen heute von bestimmten Molekülen abhängig, die nur in wenigen Ländern produziert werden.

Seit langem warnt industriAll Europe vor den Gefahren der Verlagerung kritischer und strategischer Industrien[4], insbesondere in der Chemie- und Pharmaindustrie[5]. Die Kombination aus Corona-Krise,

[3] Vorabanalyse (Bild).
[4] Siehe https://news.industriall-europe.eu/documents/upload/2025/1/638732430333827209_Competition_Rules_and_Practices_-_an_industrial_trade_union_approach_-_DE.pdf.
[5] Siehe https://news.industriall-europe.eu/documents/upload/2023/10/638330708873622813_Affordable_access_to_pharmaceuticals_for_all_and_good_jobs_in_the_European_pharmaceutical_industry_-_DE.pdf.

globalen Handelsverwerfungen und geopolitischen Spannungen hat die politischen Entscheidungsträger*innen endlich dazu gebracht, die strategische Bedeutung dieser Sektoren anzuerkennen. Die Pandemie hat deutlich vor Augen geführt, wie gefährlich eine zu starke Abhängigkeit von internationalen Lieferketten ist, die zu Engpässen bei wichtigen Medikamenten und Rohstoffen führt. Während der Corona-Pandemie kam es zu einer Überlastung der chinesischen Häfen, was Unterbrechungen in den Lieferketten und eine Gefährdung des Handels mit pharmazeutischen Wirkstoffen (API) zur Folge hatte, die für die Herstellung von Arzneimitteln von zentraler Bedeutung sind. Darüber hinaus haben einige Länder beschlossen, die Ausfuhr bestimmter Arzneimittel und Wirkstoffe zu stoppen, um die Binnennachfrage zu befriedigen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der EU ist durch die unprovozierte und ungerechtfertigte militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine, geopolitische Instabilität und Handelskriege ebenfalls stark unter Druck geraten. Unterbrechungen der Lieferkette führten zu Engpässen bei Rohstoffen, wie beispielsweise bei Soda, das zur Herstellung von Glas und Waschmitteln verwendet wird. Dessen Ausgangsstoff Anthrazitkohle wurde zuvor von Russland geliefert, durfte aber nicht mehr in die EU eingeführt werden, was letztlich die Preise in die Höhe trieb. Andererseits haben die mit billigem Gas hergestellten russischen Düngemittel den europäischen Markt überschwemmt, was Tausende von Arbeitsplätzen in Polen, Belgien, Norwegen und andernorts bedrohte. Es stellte aber auch ein Problem für unsere Ernährungssicherheit dar.

Was Handelskriege betrifft, so haben die USA während der ersten Amtszeit von Donald Trump (2017–2021) Zölle auf chinesische Waren im Wert von 360 Mrd. € verhängt, die dann den europäischen Markt überschwemmten und destabilisierten. In seiner zweiten Amtszeit wirken sich die Zölle auf den Automobil- und den Stahlsektor bereits auf den Chemiesektor aus, da dieser Inputs für beide Bereiche liefert. Zudem könnten auf pharmazeutische Erzeugnisse durchschnittlich 20 % Zoll erhoben werden. Das könnte zu einem erheblichen Rückgang der EU-Ausfuhren in die USA führen. Länder wie Irland sind besonders gefährdet, da ihre Arzneimittelexporte um bis zu 50 % zurückgehen könnten. Androhungen, vorübergehende Ausnahmeregelungen oder Verzögerungen bei der Einführung von Zöllen führen nur zu zusätzlicher Unsicherheit für Arbeitnehmer*innen und Industrien, die bereits unter Druck stehen.

EINSCHÄTZUNG VON iAE: Angesichts dieser jüngsten Entwicklungen gewinnen die Sicherung der Produktion, von Arbeitsplätzen und Wohlstand sowie die **Rückverlagerung der Produktion** und die **Stärkung der inländischen Lieferketten** in Europa zunehmend an Dynamik.

Die chemische und pharmazeutische Industrie ist eng in ein Ökosystem mit mehreren vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen eingebunden. Der Verlust selbst von Teilen der Wertschöpfungskette wird letztendlich zum Zusammenbruch der integrierten Produktion von Chemikalien in Europa führen. Sowohl die Grund- als auch die Spezialchemikalien spielen dabei am Anfang der Kette eine wichtige Rolle. Die Synergie zwischen energieintensiven Branchen, Industriestandorten sowie Forschung und Entwicklung bietet einen Wettbewerbsvorteil und macht Europa so zu einem attraktiven Standort für Unternehmen. Dieses Ökosystem und die einzelnen Bausteine, aus denen es besteht, müssen daher unbedingt erhalten werden.

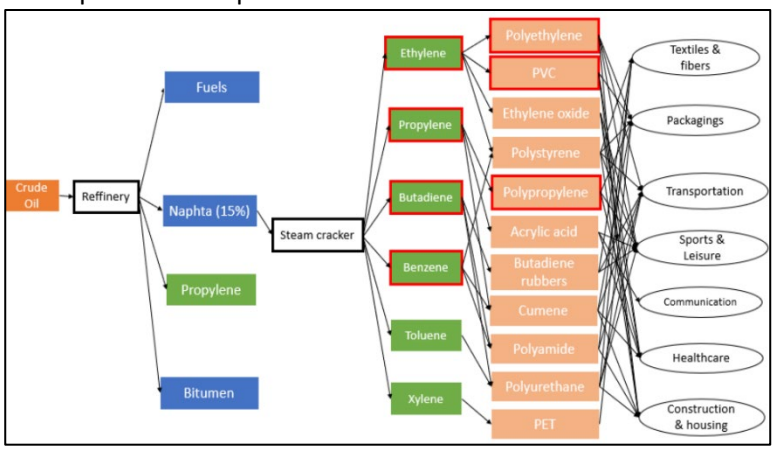
Aus den genannten Gründen würde industriAll Europe ein Gesetz über kritische Chemikalien sehr begrüßen. Wir schlagen jedoch vor zu untersuchen, ob die Konzentration auf Moleküle der optimale Ansatz ist oder ob eine Ausweitung auf Produktionsprozesse und -technologien empfehlenswert wäre. Dieser Ansatz könnte die Gefahr von Diskussionen über „Weiße-Listen-Schwarze-Listen“ verringern. Unser Verband ist zudem der Ansicht, dass es in das Paket für die chemische Industrie aufgenommen werden sollte. Neben der Stärkung der inländischen Produktion, der Entwicklung neuer und nachhaltiger Verfahren wie chemisches Recycling, dem Ausbau strategischer Partnerschaften und der Förderung der Kreislaufwirtschaft sind die Entwicklung regionaler Versorgungsketten, das Schaffen von Anreizen für

Investitionen und die Diversifizierung der Rohstoffquellen wesentliche Schritte, um die Verfügbarkeit kritischer Rohstoffe zu sichern. Technologische Forschung und Entwicklung sind am effektivsten, wenn sie innerhalb der Lieferkette erfolgen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch den **Rechtsakt zu kritischen Arzneimitteln**, der sich darauf konzentriert, Investitionen in gezielte strategische Projekte zu lenken. Wir fordern die Kommission auf, diesen Ansatz auf den Rechtsakt über kritische Chemikalien zu übertragen. Europa muss in die Lage versetzt werden, eine eigene Versorgungsstrategie umzusetzen und dabei gleichzeitig eine gemeinsame Verantwortung zu übernehmen. Darüber hinaus könnte der **Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft** die Schaffung eines Binnenmarktes für Abfälle, Recyclingtechnologien und Sekundärrohstoffe – ein wichtiger Faktor für die Versorgungssicherheit – unterstützen.

Wir fordern einen neuen europäischen Investitionsplan für die Chemiebranche, der durch überarbeitete Vorschriften für staatliche Beihilfen flankiert wird (unter Einbeziehung der Unternehmen des Sektors). So sollen mehr öffentliche Mittel insbesondere für die Herstellung kritischer Chemikalien ermöglicht werden. In dem Vorschlag für einen Rechtsakt über kritische Chemikalien werden 19 für strategische Lieferketten wesentliche Moleküle genannt, darunter Phenol, Chlor, Silizium, Natriumkarbonat und Ammoniak. Mit diesem Vorschlag und dem Aktionsplan für die chemische Industrie sollen die Produktionskapazitäten gestärkt, Innovationen gefördert und umweltfreundlichere Prozesse unterstützt werden. Er muss Prozesse, Technologien und die Suche nach Alternativen umfassen und Anreize für Unternehmen schaffen, die in FuE investieren. Gleichzeitig müssen diejenigen Unternehmen unterstützt werden, die eine Umstellung durchlaufen. Die Durchführung strategischer Projekte sollte darüber hinaus sowohl an Umweltstandards als auch an soziale Kriterien wie die Förderung des sozialen Dialogs und die Unterstützung von Tarifverhandlungen, geknüpft sein.

In diesem Sinne und in Anlehnung an die Erklärungen in anderen Sektoren – wie beispielsweise im „EU-Aktionsplan für die Automobilindustrie“ – unterstützen wir politische Maßnahmen, die speziell die Bedeutung einer **„EU-Präferenz“** bzw. von **Local Content** zur Schaffung von Nachfrage anerkennen. Die europäischen Chemieunternehmen benötigen einen zuverlässigen und sicheren Zugang zu preisgünstigen Rohstoffen und raffinierten Materialien. Es ist wichtig, dass der Mehrwert entlang der Wertschöpfungskette in Europa geschaffen wird.

Gleichzeitig ist eine koordinierte Außenhandelspolitik erforderlich, um unfairen Handelspraktiken entgegenzuwirken und die internationale Marktposition europäischer Unternehmen zu sichern. Wenn sich außereuropäische Wettbewerber nicht an gemeinsame Regeln halten und den Markt mit subventionierten Gütern überschwemmen, erwarten wir robuste **Schutzmechanismen** für die europäische Industrie. Dazu sollten Maßnahmen wie Antidumpingzölle oder Local-Content-Anforderungen gehören, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten.



2.4 Überarbeitung der REACH-Verordnung – Vereinfachung – PFAS

Herausforderung: In der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit wurde eine gezielte Überarbeitung von REACH angekündigt. Nach mehreren Verzögerungen wird diese Überarbeitung nun für Ende 2025 erwartet. REACH ist die europäische Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe. Sie trat am 1. Juni 2007 in Kraft und ihr Ziel besteht in der Verbesserung des Schutzes der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor von Chemikalien ausgehenden Gefahren, während gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie innerhalb der EU gefördert werden soll. Mit der Durchführung ist die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) betraut. Zwei Wahrnehmungen waren für die Forderungen nach einer Überarbeitung ausschlaggebend: Zum einen, dass REACH nicht rasch genug zu einer ausreichenden Substitution besorgniserregender Stoffe geführt hat, dass die Registrierungsdossiers oft unvollständig sind und dass es für die Industrie zu einfach war, Genehmigungen für die weitere Verwendung gefährlicher Stoffe zu erhalten; zum anderen, dass REACH zu kompliziert, zu bürokratisch und zu teuer ist.

Jedes Unternehmen, das einen Stoff in einer Menge von mehr als einer Tonne pro Jahr in der EU herstellt oder in die EU importiert, muss diesen bei der ECHA durch Einreichung eines Registrierungsdossiers registrieren. Die Dossiers müssen gegebenenfalls aktualisiert werden. Im Durchschnitt dauert es fünf bis sechs Jahre, um festzustellen, ob ein Stoff ein unannehmbares Umwelt- oder Gesundheitsrisiko darstellt und Beschränkungen erfordert. Es hat sich ein Rückstau gebildet; unvollständige oder fehlerhafte Registrierungsdossiers werden oft erst Jahre nach ihrer Einreichung entdeckt. Darüber hinaus stellen die kombinierten Wirkungen mehrerer Stoffe - gemeinhin als „Cocktaileffekte“ bezeichnet - eine erhebliche Gefahr für eine korrekte Prüfung dar, und es besteht die Gefahr, dass Unternehmen unter dieser Produktionsmenge pro Jahr bleiben, nur um weitere Registrierungsanforderungen zu vermeiden.

Verschiedene Interessenträger fordern jedoch eine Ausweitung der Aufgaben und des Mandats der ECHA, z. B. auf Polymere, die von einer allgemeinen Befreiung von der Registrierungspflicht profitieren.

Im Januar 2023 legten Dänemark, Deutschland, die Niederlande, Norwegen und Schweden einen Vorschlag für ein Verbot von PFAS vor. Der Vorschlag hat die vorgesehenen öffentlichen Konsultationen durchlaufen und wird nun von den ECHA-Ausschüssen für Risikobeurteilung (RAC) und für sozioökonomische Analyse (SEAC) bewertet.

Die Diskussion um PFAS ist besonders kontrovers - und muss differenziert geführt werden. PFAS umfassen eine Gruppe von rund 14.000 synthetischen Chemikalien. Verunreinigungen durch PFAS wurden an rund 21.500 Industriestandorten nachgewiesen[6] und ihre Konzentration im Blut ist besonders hoch in der in der näheren Umgebung lebenden Bevölkerung[7]. Dennoch bleibt ihr Einsatz in wesentlichen industriellen Anwendungen derzeit unverzichtbar. Insbesondere in strategisch wichtigen Schlüsselindustrien wie der Wasserstofferzeugung, der Photovoltaik, der Batterieproduktion, der Wärmepumpentechnik und der Infrastruktur von Kernkraftwerken gibt es derzeit keine Alternative zu bestimmten PFAS. Ein pauschales Verbot dieser Stoffe würde nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit gefährden, sondern auch den Fortschritt der Energiewende behindern. Noch besorgniserregender ist schließlich, dass die Schwierigkeiten bei der ordnungsgemäßen Kontrolle und Durchsetzung der Chemikalienvorschriften für außerhalb der EU hergestellte Produkte dazu führen könnten, dass diese Stoffe dennoch auf den Markt gelangen, wodurch EU-Unternehmen, die die Vorschriften eigentlich einhalten, geschädigt werden.

---

[6] https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2023/02/23/polluants-eternels-explorez-la-carte-d-europe-de-la-contamination-par-les-pfas_6162942_4355770.html
[7] https://www.euractiv.com/section/eet/news/belgium-has-highest-levels-of-pfas-chemical-pollution-in-europe-study-reveals/

Gerade für diese industriellen Anwendungen ist es aber entscheidend, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz umfassend gewährleistet ist - und dass auch der Umweltschutz über den gesamten Lebenszyklus der Produkte berücksichtigt wird. Ein verantwortungsvoller Umgang mit diesen Stoffen muss daher durch strenge Sicherheitsanforderungen und eine nachhaltige Prozessgestaltung gewährleistet werden.

Anders sieht es im Bereich der Konsumgüter aus. In Produkten wie Kosmetika, Outdoor-Kleidung oder Kochgeschirr ist die Verwendung von PFAS in der Regel nicht notwendig und kann - oder muss - durch sicherere Alternativen ersetzt werden. So hat beispielsweise Frankreich in einem nationalen Verfahren bereits ein teilweises gesetzliches Verbot in Kosmetika und Textilien beschlossen. Dies hat einerseits das gesamteuropäische Verfahren vorweggenommen und kann zu unterschiedlichen Standards führen. Andererseits ist der darin beschriebene differenzierte Ansatz - Schutz und Erhalt kritischer industrieller Anwendungen bei gleichzeitiger Substitution in nicht essentiellen Bereichen - ein Weg, Gesundheit, Umwelt und industrielle Entwicklung gleichermaßen zu berücksichtigen.

EINSCHÄTZUNG VON iAE: Wir sind der Meinung, dass die **REACH-Verordnung ein gutes System für den Umgang mit Chemikalien geschaffen hat**. Es setzt weltweit die höchsten Sicherheitsstandards und dient anderen Regionen als Vorbild. Durch REACH steht eine deutlich größere Menge an Daten über die Eigenschaften von Chemikalien und ihre sichere Verwendung zur Verfügung. Die Sicherheitsdatenblätter wurden verbessert und können Fachkräften beim Risikomanagement helfen. Es ist jedoch unerlässlich, die Verordnung weiterzuentwickeln, um die Sicherheit für Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen sowie den Umweltschutz wirksamer zu gestalten. Wir unterstützen den REACH-Prozess voll und ganz und erkennen seinen Wert an, sind uns aber auch darüber im Klaren, dass die Registrierungsverfahren erhebliche zeitliche und finanzielle Ressourcen erfordern, was für KMU eine Herausforderung darstellen kann. IndustriAll Europe begrüßt alle Vorschläge zur Straffung der Regulierungsprozesse, sofern das Schutzniveau für Beschäftigte, Verbraucher*innen und Umwelt nicht gesenkt wird.

Der erste Schritt einer jeden Reform sollte darin bestehen, die Umsetzung von REACH in seiner jetzigen Form zu verbessern. Wir stellen fest, dass die REACH-Verordnung nicht auf dem gesamten Kontinent vollständig umgesetzt wird, was die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Unterstützung und erhöhten Wachsamkeit unterstreicht. Dies ist besonders kritisch im Hinblick auf den jüngsten Omnibus für den Verteidigungsbereich und den Vorschlag, bestehende Einzelfallausnahmen im Rahmen der EU-Verordnung auf nationaler Ebene in umfassendere Ausnahmen für die gesamte Industrie umzuwandeln. Nach diesem Vorschlag wäre es den einzelnen EU-Ländern überlassen, die Verwendung chemischer Stoffe für alle verteidigungsrelevanten Zwecke zu genehmigen oder zu verbieten, was ihnen mehr Flexibilität bei der Anwendung von Umweltvorschriften einräumen würde. Wir sind der Meinung, dass dies eine ernsthafte Bedrohung für den Umwelt- und Arbeitnehmerschutz darstellt und die Gefahr besteht, dass in einer kritischen Zeit, in der die nationalen Haushalte einen beträchtlichen Teil des BIP für die Verteidigung aufwenden müssen, mit zweierlei Maß gemessen wird.

Wir fordern außerdem eine Aufstockung der Ressourcen und klare Mandate für die ECHA, um die Arbeitslast, insbesondere im Hinblick auf zusätzliche und potenziell hinzukommende Aufgaben, zu stemmen.

Eine solche mögliche Zusatzaufgabe sind Polymere. Mehrere 100.000 davon sind auf dem EU-Markt verfügbar. Das bestehende Registrierungssystem im Rahmen von REACH ist auf einzelne Stoffe zugeschnitten, es funktioniert nicht für Polymere. Wir sind zwar der Meinung, dass Polymere einbezogen werden sollten, doch dazu bedarf es eines wirksamen Systems mit ausreichenden Mitteln. Eine

Bestandsaufnahme der bekanntermaßen bedenklichen Polymere könnte Anhaltspunkte für eine angemessene Regulierung liefern.

Um der Forderung nach einem rascheren Verbot besorgniserregender Stoffe nachzukommen, sollte REACH den Schwerpunkt stärker auf die Substitution legen. IndustriAll Europe betont, dass die Substitutionspläne sorgfältig geprüft werden müssen. Die erteilten Zulassungen und Ausnahmeregelungen sollten auf realistischen Zeitrahmen beruhen, die Planungssicherheit ermöglichen und Investitionen in innovative Alternativstoffe erleichtern. Die Priorität der Industrie muss auf der Substitution liegen, nicht auf der Erlangung einer Ausnahmeregelung durch die ECHA. In diesem Zusammenhang betonen wir auch die Rolle einer engeren Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Industrie und die raschere Übernahme von Ergebnissen aus der akademischen Forschung und Entwicklung.

Wir sind der Ansicht, dass die Anwendung des allgemeinen Risikoansatzes (Generic Risk Approach - GRA), der auf einer gefahrenbasierten und nicht auf einer risikobasierten Methodik beruht, auf gewerbliche Anwender nicht der geeignete Weg ist, um unser gemeinsames Ziel eines besseren Schutzes der Arbeitnehmer*innen vor der Exposition gegenüber gefährlichen Chemikalien zu erreichen, und zu Einschränkungen oder Verboten für Stoffe führen könnte, die unter kontrollierten industriellen Bedingungen sicher verwendet werden. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Risikobewertung die Grundlage für die Regulierung der Verwendung von Chemikalien bleiben sollte, um sowohl die Arbeitnehmer*innen zu schützen als auch die Stabilität der Vorschriften zu gewährleisten. Der risikobasierte Ansatz sollte beibehalten werden, jedoch in Kombination mit strengen Bestimmungen und der Durchsetzung der Rechtsvorschriften im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz, einschließlich einer eingehenden Bewertung der berufs- und arbeitsplatzspezifischen Risiken. Die Zahl der Arbeitsaufsichtsbeamt*innen und -inspektionen muss erhöht werden.

Mit der REACH-Verordnung werden gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen, da für im Inland hergestellte und importierte Stoffe dieselben Verpflichtungen gelten. Leider hat sich gezeigt, dass es eine beträchtliche Menge an nicht konformen Einfuhrerzeugnissen gibt, vor allem über den Online-Handel. Die Behörden der Mitgliedstaaten müssen besser gerüstet sein, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

PFAS sind alternativlos und werden dennoch in zahlreichen Produktionsprozessen verwendet (wie auch andere gefährliche Stoffe). Wir müssen ihre Verwendung dort zulassen, wo sie in industriellen Anwendungen unverzichtbar sind, und zwar mit realistischen Übergangsfristen und verbesserten Sicherheitsvorschriften zugunsten der Arbeitnehmer*innen und Bürger*innen. Darüber hinaus müssen Zeitpläne für die schrittweise Einstellung ihrer Verwendung und die Aktivierung tragfähiger Alternativen entwickelt werden, um der Industrie die nötige Zeit für die Anpassung und Entwicklung tragfähiger Alternativen zu geben. Die Priorisierung gezielter Forschungsprogramme für diese Alternativen ist von wesentlicher Bedeutung. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Industrie und die schnellere Übernahme von Ergebnissen aus der akademischen Forschung und Entwicklung sind von entscheidender Bedeutung. Wir müssen sowohl die menschliche Gesundheit als auch die Umwelt vor den schädlichen Auswirkungen von PFAS schützen, insbesondere bei Konsumgütern, bei denen PFAS möglicherweise nicht von essentiellem Nutzen sind.

Wir befinden uns in einer entscheidenden Phase: Der Markt und die Investoren treiben die schrittweise Einstellung der Verwendung von PFAS voran, was durch die zunehmende Kritik und die steigenden Kosten für Rechtsstreitigkeiten noch verstärkt wird. Dies ist ein Grund für eine beschleunigte Suche nach Alternativen. Die Beschränkung von PFAS durch klar definierte und realistische Fristen würde Chemieunternehmen und Investoren die nötige Klarheit verschaffen, um an Stoffen zu arbeiten, die PFAS ersetzen.

3. SCHLUSSFOLGERUNGEN: 8 FORDERUNGEN ZUR STÄRKUNG DER CHEMISCHEN INDUSTRIE

Wir fordern, folgende Punkte in ein Paket für die chemische Industrie aufzunehmen:

1. **Hochwertige Arbeitsplätze für Beschäftigten in der chemischen Industrie**
   Die Arbeitnehmer*innen sind das Herzstück unserer Industrie. Sie sind auch der Schlüssel für ihre Nachhaltigkeit und Entwicklung. Daher muss sich jeder Ansatz auf die Erhaltung und Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze konzentrieren. Darunter verstehen wir: an die Produktivität gekoppelte Löhne, Arbeitszeiten, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Privat- und Berufsleben ermöglichen, sowie die Möglichkeit, in einem angemessenen Alter in den Ruhestand zu gehen und das Berufsleben zu beenden. Um dies zu erreichen, muss das Recht auf Tarifverhandlungen in der gesamten Europäischen Union gewährleistet sein.
2. **Eine umweltbewusste Industrie**
   Die Zukunft unserer Industrie muss umweltbewusst sein - oder es wird sie nicht geben. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für proaktive Maßnahmen und wirksame Unternehmensbeiträge ein, die die Nachhaltigkeit der derzeitigen Aktivitäten und die Entwicklung neuer Aktivitäten sicherstellen und gleichzeitig die Klimaziele erfüllen.
3. **Zukunftsorientierte Energiestrategie für die Industrie**
   Sicherstellung des Zugangs zu wettbewerbsfähigen, CO_2-armen und sicheren Energiequellen, damit die europäische Industrie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleibt. Der technologische Fortschritt im Energiebereich führt nicht zu linearen Veränderungen, sondern vollzieht sich in Phasen, die mit der Verfügbarkeit neuer Technologien einhergehen. Es ist wichtig, die Fortschritte bei der Umgestaltung des Klimas in den einzelnen Phasen zu bewerten und regelmäßig Informationen zu sammeln, um realistische und ehrgeizige Ziele zu setzen.
4. **Robuste Investitionsagenda für die industrielle Erneuerung**
   Mobilisierung gezielter Investitionen und Schaffung von Anreizen für solche Investitionen zur Modernisierung der chemischen Infrastruktur in Europa – Revitalisierung von Steamcrackern, Förderung der CO_2-Abscheidung und Nutzung (CCU/CCS) und Nachrüstung kritischer Anlagen für künftige Resilienz.
5. **Kreislaufwirtschaft als Eckpfeiler**
   Die Grundsätze der Kreislaufwirtschaft sind in den Mittelpunkt der Industriepolitik zu stellen, um die Ressourceneffizienz zu verbessern, Abhängigkeiten zu verringern und neue Wertschöpfungsketten zu erschließen.
6. **Resiliente Lieferketten durch strategische Rückverlagerung**
   Stärkung der Autonomie Europas durch die Rückverlagerung der Produktion kritischer Chemikalien, gestützt auf einen neuen Rechtsakt über kritische Chemikalien, eine starke Konzentration auf die Förderung des lokalen Anteils und die Gewährleistung strategischer Moleküle und Produkte, z. B. solcher, die die Lebensmittelsicherheit garantieren.
7. **Intelligente Regulierung auf der Grundlage von Wissenschaft, Vorhersehbarkeit und Prävention**
   Es ist von entscheidender Bedeutung, die REACH-Verordnung weiterzuentwickeln, um die Sicherheit für Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen sowie den Umweltschutz zu verbessern. Darüber hinaus begrüßt industriAll Europe alle Vorschläge zur Straffung der Genehmigungs- und Regulierungsrahmen, sofern sie das Schutzniveau für Arbeitnehmer*innen, Verbraucher*innen und die Umwelt nicht senken, und erkennt die Auswirkungen an, die sie auf die Förderung von Innovation und Investitionen haben könnten. Die Regulierungsverfahren müssen weiterhin wissenschaftlich fundiert, kohärent und in der gesamten EU einheitlich angewandt werden, wobei hohe Arbeits- und Umweltstandards einzuhalten sind. REACH sollte

weiterhin das höchste Schutzniveau festlegen, während die ECHA mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden muss, um ihre wachsenden Aufgaben zu bewältigen.

8. **Beschleunigung nachhaltiger Substitute**
   Förderung der Forschung, Entwicklung und Markteinführung von sicheren und nachhaltigen Alternativen zu gefährlichen Stoffen, um Europas Führungsrolle in der grünen Chemie zu stärken. Die Substitution von PFAS sollte, wo dies möglich ist, vorangetrieben werden und Übergangsfristen sollten einzelfallbezogen festgelegt werden. Die Verwendung von PFAS muss jedoch dort möglich bleiben, wo sie in industriellen Produktionsprozessen unerlässlich ist.
9. **Soziale Verantwortung als Kernpunkt**
   Verankerung sozialer Auflagen in der Industriepolitik, um hochwertige Arbeitsplätze zu sichern und Inklusion und Nutzen für alle vom ökologischen Wandel betroffenen Gemeinschaften zu gewährleisten.
10. **Für einen wirklich gerechten Übergang sorgen**
    Unterstützung von Beschäftigten und Regionen durch Umschulungen, wirtschaftliche Diversifizierung und gerechte Politikgestaltung, damit niemand beim Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zurückgelassen wird.